Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 21. März 2014

Antrag: Frauen gerecht entlohnen und sicher beschäftigen

Heute jährt sich der Equal Pay Day bereits schon zum sechsten Mal. Frauen verdienen aber nach wie vor im Schnitt 22% weniger als Männer. Eine Veränderung dieser Lohnlücke zugunsten der Frauen ist seit Jahren nicht erkennbar. Es muss Schluss sein mit der Symbolpolitik, damit der Equal Pay Day endlich auf den 1. Januar fällt. Wir Grünen lassen nicht locker und deshalb habe ich einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

In unserem Antrag fordern wir, dass der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit" endlich verbindlich durchgesetzt wird. Denn auch die neue Bundesregierung setzt nur auf mehr Transparenz, Selbstverpflichtung und Freiwilligkeit. Das reicht aber nicht aus, um wirklich etwas zu ändern. Symbolpolitik und betroffene Mienen helfen den Frauen nicht – wir brauchen klare gesetzliche Regelungen.

Entgeltdiskriminierung ist zwar per Gesetz verboten, aber dennoch ist die Lohnlücke bittere Realität für viele Frauen. Sie verdienen nach wie vor 22 Prozent weniger und dieser Abstand vergrößert sich sogar noch mit dem Alter. Frauen bekommen weniger Sonderzahlungen und werden seltener befördert. Damit nicht genug. Selbst bei gleicher Erfahrung und gleicher Qualifikation verdienen Frauen häufig weniger als ihre männlichen Kollegen. Zudem werden die sogenannten „Frauenberufe", wie beispielsweise die sozialen Berufe, schlechter bezahlt. Hier werden soziale Kompetenzen, Einfühlungsvermögen, Kommunikationsfähigkeit, Teamgeist zwar im Berufsalltag erwartet, aber nicht entsprechend vergütet. Das gleiche Muster ist erkennbar, wenn die „Muskelkraft" bei Männern bewertet und gut bezahlt wird, aber feinmotorische Präzisionsarbeit von Frauen nicht. Sind Frauen dazu noch befristet beschäftigt, dann erhalten sie oft sogar noch weniger Lohn. Das zeigt die Statistik. Dann verdienen Frauen noch mal 10 Prozent weniger als Männer. Und befristete Verträge bedeuten zudem auch mehr Unsicherheit, wenig Lebensplanung und kaum Weiterbildung. Das ist nicht gerecht und zeigt, dass weitere Regelungen zum Schutz der Frauen in der Arbeitswelt notwendig sind.

Wir fordern in unserem Antrag, dass Arbeit neu bewertet wird und zwar mit allgemeingültigen geschlechtsneutralen Kriterien. Mit Hilfe eines Entgeltgleichheitsgesetzes sollen Entgeltregelungen überprüft und Entgeltdiskriminierungen verbindlich beseitigt werden. Mit einem Verbandsklagerecht wollen wir die betroffenen Frauen stärken, denn Entgeltdiskriminierung ist kein individuelles Problem. Zudem wollen wir die sachgrundlose Befristung abschaffen, damit Frauen nicht nur gerecht bezahlt, sondern auch sicher beschäftigt werden.